

12. IKEK am 23.11.2018 Joanne Nova – Wie man in drei einfachen Schritten ein Stromnetz zerstört

geschrieben von Admin | 29. Januar 2019

Viele denken, dass die Energiewende basierend auf erneuerbaren Energieträgern wie Wind- und Sonnenkraft nur in Deutschland aufgrund der epochalen Fehlentscheidung von Kanzlerin Merkel 2011 eingeleitet wurde. Tatsächlich ist Australien in der Beziehung Vorreiter und kämpft seit einigen Jahren mit katastrophalen Folgen. Diese Tatsache wird in den hiesigen Medien nicht ganz unabsichtlich verschwiegen. Allerdings gibt es auch auf dem Südkontinent mittlerweile eine kritische Gegenbewegung, zu deren profiliertesten Vertretern Joanne Nova gehört. Die Autorin verfasste das Buch *The Skeptic's handbook* („Das Skeptiker-Handbuch“) und hält Vorträge auf der ganzen Welt. Zu Beginn meint Nova, Stromausfälle seien immerhin gut gegen ARD und ZDF. Sie beschreibt in ihrer Rede den Umbau der australischen Energiewirtschaft von der Nutzung der im Lande reichlich vorhandenen Kohle hin zu Wind- und Solarkraftanlagen. Australien sei der größte Kohle- und Uranförderer der Welt und verkaufe die Bodenschätze in großen Mengen vor allem an das hungrige China. 17.000 Menschen seien in der Kohle-Industrie beschäftigt.

Video des Vortrages von Joanne Nova über die mutwillig wegen des „Klimaschutzes“ zerstörte Stromversorgung in Australien.

Dabei baue das Land aber seine Kohlekraftwerke ab; Kernreaktoren gebe es erst gar nicht. In den vergangenen Jahrzehnten seien die Energiepreise des Landes kontinuierlich gefallen. Heute seien Preise für Strom im Süden des Kontinentes so hoch wie vor 60 Jahren, sogar höher als in Merkeldeutschland heute! Paradoxerweise sei der „alternative“ Energieausbau eigentlich gering, verursache aber trotzdem hohe Kosten. Die Regierung zwinge die Bürger regelrecht, Solarpaneele aufs Dach zu bauen. Je höher der Anteil erneuerbarer Energien werde, desto teurer würde der Strom. Australier seien sozusagen die Crash test dummies der Energiewende. In den Metropolen komme es häufig zu totalen Stromausfällen, den „Blackouts“, die das Land Millionen kosten. Am 28. September 2018 kam es zu einem Totalausfall mit 472 Millionen Australischen Dollar Folgekosten. Die Insel Tasmanien soll über eine Seepipeline an den Kontinent angeschlossen werden, was rund 560 Millionen Aus-Dollar kosten werde. Die mittleren Jahreskosten eines Haushaltes im Land betragen etwa 600 Dollar. Zur Sicherung der eigenen Stromversorgung kauften sich die Bürger Dieselgeneratoren, deren Verkauf seit Jahren boome. Sogar auf einer kleinen Insel vor der Küste Australiens, Flinder, die Wind und Sonne im Überfluß habe, setze man auf

diese Generatoren, da die erneuerbaren Quellen nicht verlässlich genug seien. Welche Schritte habe die Politik gemacht, um das bewährte preiswerte Stromnetz in ein unzuverlässiges teures zu verwandeln? Schritt Nummer eins: Man richte eine Klimakontrollbehörde ein, um global Arbeitsplätze zu schaffen, vor allem in China. Schritt Nummer zwei: Man reduziere die Kohlendioxidemissionen durch ineffiziente Mittel wie Wind- und Sonnenkraftwerke. Das dichtbesiedelte Ost-Australien sei aber bewölkt und windarm. Außerdem habe man eine doppelte Infrastruktur geschaffen, um bei Dunkelflaute auf Kohle zurückgreifen zu können. Schritt Nummer drei: „Big government“. Man hole sich „Experten“ aus anderen Ländern. Zum Beispiel Audrey Zibelman aus New York City, eine Ex-Mitarbeiterin von Hillary Clinton. Sie habe dafür gesorgt, dass bedeutende Player das neue Stromsystem verlassen konnten. Und noch ein zusätzlicher Schritt, Nummer vier: Man kille den freien Markt, um den billigen Strom abzuschaffen. Dazu nutze man Krypto-Unternehmen aus China. Dadurch erhöhe man den Strompreis von 8 Cent auf 28 Cent/Kilowattstunde. Was sagten die Bürger zur australischen Energiewende? 62% der Befragten wollen nicht mehr als zehn Aus-Dollar im Monat dafür ausgeben (In Deutschland seien es 61%). Durch den Umbau des Energiesystems würden in Australien Kohlekraftwerke geschlossen, die sich 30 Jahre lang für den Betreiber amortisiert hätten. Dabei könnten nach dieser Frist für günstige 3 Cent/Kilowattstunde produzieren. Da diese Möglichkeit für die Bürger nun nicht mehr genutzt werde, habe es im Land einen Wohlstandsknick gegeben.